

Deponien im Gebiet Maienbühl: Erste Etappe der Untersuchungen abgeschlossen

Zu den Untersuchungen der ehemaligen Deponien Maienbühl in Riehen und Mänden in Inzlingen (D) liegen die Ergebnisse der 1. Etappe vor. Sie bestätigen einen Zusammenhang zwischen den mittels Sondierbohrungen in der Deponie Maienbühl festgestellten Schadstoffen und den in der hinteren Auquelle vorhandenen Spuren von Substanzen. Die im Wasser gemessenen Konzentrationen sind mit 0.1 bis 0.7 Mikrogramm pro Liter gering. Die Quelle liegt im Abstrombereich der Deponien. Seit den Neunzigerjahren wird sie nicht mehr für die Trinkwasserversorgung genutzt. Hinweise auf einen seitlichen Austritt von Sickerwässern aus dem Deponiekörper bestehen nicht. Die Aufsichtsbehörden müssen die umfangreichen Berichte nun auswerten und festlegen, ob bzw. welche weiteren Untersuchungen oder Massnahmen erforderlich sind.

Der Einwohnerrat Riehen war im Februar 2005 mit einem ersten Bericht des Gemeinderats darüber orientiert worden, dass die zuständigen Behörden des Kantons Basel-Stadt bzw. des Landkreises Lörrach - gestützt auf die Altlasten-Gesetzgebung - eine Untersuchung des Emissionsverhaltens der Deponien im Maienbühl verlangt hatten. Die Gemeinde Riehen und die Interessengemeinschaft Deponiesicherheit Regio Basel (IG DRB) haben gemeinsam die Vorfinanzierung der Untersuchung übernommen. Die 1. Etappe der Untersuchungen konnte nun Ende Juli 2006 abgeschlossen werden.

Die Untersuchungsergebnisse weisen einen Zusammenhang zwischen den in den Sondierbohrungen am Standort "Deponie Maienbühl" festgestellten Schadstoffen sowie denjenigen in der hinteren Auquelle aus. Einfache Frachtbetrachtungen zeigen, dass die jährlich durch die Auquelle ausgetragene Menge an Schadstoffen im Bereich von ca. 50 g liegt. Dies entspricht einer Konzentration von 0.1 bis 0.7 Mikrogramm pro Liter. Dieselben Substanzen sind ebenfalls im Aubach unterhalb der hinteren Auquelle nachweisbar, wenn auch in sehr geringer Konzentration (0.01 bis 0.03 Mikrogramm pro Liter). Die Wasseraustritte und damit verbundene mögliche Schadstoffemissionen aus dem Deponiekörper beschränken sich zum heutigen Zeitpunkt auf das Sickerwasser im Buntsandstein unter der Deponiesohle. Es ergaben sich keine Hinweise auf einen relevanten seitlichen Austritt von belasteten Sickerwässern. Ob ein Teil der Schadstoffe aus der unmittelbar angrenzenden Altablagerung Mänden auf deutschem Gebiet stammt, ist weiterhin unklar.

Nachdem 2004 vorbereitende Massnahmen und auch bereits erste Voruntersuchungen realisiert worden sind, erfolgte nun - unter der Gesamtleitung der Gemeinde Riehen - die 1. Etappe der technischen Untersuchung. Das von den zuständigen Aufsichtsbehörden des

Kantons Basel-Stadt (Amt für Umwelt und Energie) bzw. des Landkreises Lörrach (Fachbereich Umwelt des Landratsamts Lörrach) genehmigte Pflichtenheft für die Untersuchung sah nebst der Vervollständigung der historischen Untersuchung vor allem die Ermittlung der Sickerpfade im Umfeld der Deponien sowie die Abklärung der Belastung des Felsgrundwassers und der daraus gespiesenen Quellaustritte im Abstrombereich vor. Das Gesamtkonzept und die jetzt erfolgten Untersuchungsarbeiten wurden vom Geologen Beat Vögtli, Geotechnisches Institut Basel AG, realisiert, unter Beizug des Geologisch-Paläontologischen Instituts der Universität Basel und von spezialisierten Firmen.

Im Gebiet Maienbühl/Mönden wurden früher Steinbrüche betrieben, die später als Deponien für verschiedenartigen Abfall vom Hauskehricht über Gewerbeabfälle bis zu Industrieabfällen genutzt wurden. Die Deponie Maienbühl, auf der heute die Kompostierungsanlage der Gemeinde steht, ist im Eigentum der Bürgergemeinde Riehen, wurde aber von der Einwohnergemeinde betrieben. Die Parzellen der Altablagerung Mönden in der deutschen Nachbargemeinde Inzlingen stehen seit Ende der 80er-Jahre im Eigentum der Einwohnergemeinde Riehen. Im Abstrombereich der Deponien waren in der hinteren Auquelle Spuren von Wirksubstanzen gefunden worden. Zwar bestand aufgrund der bisherigen Kenntnisse und der gemessenen Konzentrationen laut Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt keine akute Gefährdung, weder für das Trinkwasser noch für Mensch, Tier und Umwelt. Aufgrund der Altlastengesetzgebung ist der Inhaber von belasteten Standorten aber verpflichtet, das Emissionsverhalten der Deponien untersuchen zu lassen. Für die vorbereitenden Massnahmen und die 1. Etappe der Untersuchungen sind bis jetzt Kosten von insgesamt rund CHF 340'000.- aufgelaufen. Diese werden im Sinne einer unpräjudizierenden Vorfinanzierung je zur Hälfte von der Einwohnergemeinde Riehen und der IG DRB getragen. Aussagen darüber, wer letztendlich alles als Mitverursacher in Frage kommt und wer welche Verantwortung und damit auch welche Kostenanteile zu tragen haben wird, können auch nach heutigem Kenntnisstand noch nicht abschliessend gemacht werden. Möglicherweise kann vom Bund eine finanzielle Unterstützung erhältlich gemacht werden.

In einem weiteren Zwischenbericht hat der Gemeinderat den Einwohnerrat Riehen über den Stand der Untersuchungsarbeiten orientiert.

→ Unter www.riehen.ch, Stichwort Deponien, sind der Bericht an den Einwohnerrat und der ganze Untersuchungsbericht mit allen zugehörigen Dokumenten veröffentlicht.

Riehen, 12. September 2006

Weitere Auskünfte:

- Marcel Schweizer, Gemeinderat, Tel. 061 643 02 60
- Richard Grass, Abteilungsleiter Tiefbau, Gemeindeverwaltung Riehen, Tel. 061 646 82 82
- Andreas Schuppli, Gemeindeverwalter, 061 646 82 45